

Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 548. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 201.

Angelagerter in Halle a. S. ...
Geschäftsstelle in Halle a. S. ...
Sonntabend, 21. November 1908.

Die kaiserliche Kundgebung und der Reichstag.

Man hatte vielfach erwartet, daß die kaiserlichen Kundgebung in „Reichsanzeiger“ eine Kundgebung im Reichstage in der Donnerstags-Sitzung folgen werde. Eine solche Kundgebung war aus tatsächlichen Gründen nicht möglich. Der Präsident aber hatte nach seiner Vernehmung mit Hilow zur Bedingung gemacht, daß das Haus eine solche Erklärung zur Kenntnis nehme, ohne daran eine Debatte zu knüpfen. Dieser Bedingung sollte die Sozialdemokratie sich unterwerfen haben, die anschließend erklärte, daß sie die Diskussion beantragen würden. So unterließ die Kundgebung.

Aus dem Reichshaushaltsrat.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt gestern Mitteilungen aus dem Reichshaushaltsrat. Der Etat für den Reichshaushalt und den Reichsanzeiger erfordert an fortwährenden Ausgaben 300 985 Mk. (gegen das Vorjahr weniger 2175 Mk.). Der Etat des Reichshauses des Innern sieht an Einnahmen im Colloquium 13 805 214 Mk. (mehr 702 562 Mk.), im Extraordinarium 275 000 Mk. (Börse) 40 000 Mk.; die fortwährenden Ausgaben betragen 73 119 242 Mk. (mehr 730 013 Mk.). Die Bekämpfung des Reiches aus dem auf Grund des Spezialverordnungsverfahrens gewährten Renten ist auf 51 310 000 Mk. (mehr 310 000 Mk.) anzuwenden. Die ordentlichen Ausgaben betragen 1 988 400 Mk. (weniger 4 055 600 Mk.). Von neuen Vorberufen sind zu erwählen 400 000 Mk. erste Rate zu den Kosten der Bekämpfung des Reiches an der Lebensversicherung in Preußen 1910. Im außerordentlichen Etat werden 14 000 000 Mk. (weniger 10 Millionen) geteilt, und zwar 4 Millionen für Steinwägungen und 10 Millionen (weniger 10 Millionen) für Erweiterung des Kaiser Wilhelm-Kanals. Im Ministerialetat betragen die ordentlichen Ausgaben 290 547 167 Mk. (mehr 37 448 593 Mk.). Im außerordentlichen Etat werden 109 924 045 Mk. (mehr 23 788 895 Mk.) angefordert. Von der Zeichnung der fortwährenden Ausgaben sind namentlich die Ersatzkosten der Bekämpfung der Maritimen (mehr 1 517 183), Schuldenrückstellungen (mehr 3 354 406), Naturalverpflegung (mehr 1 073 390), Instandhaltung der Flotten und Bothen (mehr 1 669 113), Waffen- und Bewehrungen (mehr 1 101 519) beteiligt.

Der den einmaligen Ausgaben sind für Schiffbauarbeiten und Reparaturen 215 789 000 Mk. (mehr 48 750 Mk.) angefordert, darunter für Neubauten 130 940 000 Mk. (mehr 29 610 000 Mk.). Erste Rate, entsprechend dem Fünftelgesetz, verlangt für die Einrichtungs- „Ersatz Reithof“, „Ersatz Silberrath“, „Ersatz Seimball“, für den großen Kreuzer „H“, für die kleinen Kreuzer „Ersatz Buxart“ und „Ersatz Kugel“. Erste Rate erscheinen ferner zum Bau einer Torpedostille mit 10 Millionen zur Bekämpfung von U-Booten und zu weiteren Bewehrungen zu Kosten der Anleihe darzustellen. Im Etat für die Reichsjubiläumfeierungen betragen die fortwährenden Ausgaben auf 2 486 105 Mk. (mehr 22 175 Mk.). Der Etat für den Rechnungsfuß des Deutschen Reiches weist 1 135 186 Mk. fortwährenden Ausgaben auf (mehr 95 440 Mk.). Im Etat des Reichshaushalts betragen die fortwährenden Ausgaben 44 575 Mk. (mehr 10 575 Mk.).

Bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sind die ordentlichen Einnahmen auf 672 447 900 Mk. (mehr 28 300 000) geschätzt. Die fortwährenden Ausgaben des ordentlichen Etats betragen 573 144 796 Mk. (mehr 2 600 000), die einmaligen Ausgaben 16 880 900 Mk. (mehr 304 419). Im Etat sind u. a. eine Stelle für Telegrapheningenieure zur Bearbeitung der funktentelegraphischen Aufgaben beim Telegraphenverwaltungsamt. Im außerordentlichen Etat erscheint für Fernsprechnetze die Förderung von 45 Mk. (weniger 14 400 000). Hierzu wird erklärt bemerkt: Die außerordentlichen Zeichnungen in der Richtung des Fernsprechnetzes, welche die seit 1. April 1900 durch die neue Fernsprechnetzverwaltung in den kleinen und mittleren Orten eingetragene Gebührenermäßigung hervorgerufen hat, dauert an. Es redigiert sich daher, wie in den Vorjahren für solche Anlagen, die voraussetzungsweise der Zukunft zugute kommen, die Ausgaben aus Mittelmitteln zu kürzen. Es ist in Aussicht genommen, die Summe im Laufe von dreißig Jahren aus den ordentlichen Einnahmen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung zu tilgen. Mit der Tilgung fol 1910 begonnen werden. Im Etat der Reichsdruckerei werden die Einnahmen auf 11 922 500 Mk. (mehr 902 700), die ordentlichen Ausgaben auf 8 146 920 Mk. (mehr 623 280) veranschlagt.

Zur Lage auf dem Balkan.

Ein am Freitag von der serbischen Regierung veröffentlichtes Communiqué besagt, daß die Nachricht vom Abschluß einer Militärkonvention zwischen Serbien und Bulgarien nicht wahr ist. Der Zweck der Militärkonvention war, sich über die durch die jüngsten Ereignisse geschaffene politische Situation auf dem Balkan zu informieren. Vollständige Lebensvereinbarung bezieht die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Serbien und der Türkei. Serbien hegt keinen Wunsch nach dem Besitz des Sandjak oder anderer Teile des türkischen Gebietes.

Der Wiener „Neuen Freien Presse“ zufolge hat die Porte das griechische Anadoluprojekt Sarifja-Saloniki grundsätzlich angenommen.

Dem in Sofia erscheinenden halbmonatlichen Blatte „Brema“ zufolge hat der Handelsminister Wolpoffen nur über die Abklärung des Verkehrsrechts der Orientbahn zu verhandeln, während die übrigen Fragen auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt werden dürfen.

Wie die „Magdeburger“ nach von unterrichteter Seite erfahren haben, wird, haben vor einigen Tagen Frankreich, Italien, Rußland und Österreich in Belgrad Vorstellungen dahin erhoben, daß Serbien die bedrohlichen Truppenzusammenschüßungen an der österreichischen Grenze einstellen solle. Diesen Vor-

stellungen hat sich Deutschland angeschlossen. Die serbische Regierung hat daraufhin General Schaub über ein angebliches fahrlässiges Verhalten Österreichs erhoben. In Cetinje selbst ist ein diplomatischer Einspruch gegen die Mobilisierung Montenegro nicht erhoben worden. Man hat in Berliner Regierungskreisen die Hoffnung, daß in einigen Wochen schon mit Rücksicht auf den Einfluß Italiens die heutigen Unklarheiten eine friedliche Lösung finden werden. Man wird dieser Hoffnung umso mehr Ausdruck geben dürfen, als eine gültige Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Petersburg und Wien in nächster Zeit zu erwarten ist.

Deutsches Reich.

* Fürst Bülow und Freiherr. Wie nach der „Post“ verläutet, hat der österreichische Minister des Äußern Freiherr v. Rechenthall an den Reichsminister Fürsten Bülow eine Depesche gerichtet, in der er diesen zu seinem Erfolge beglückwünscht und seiner Befriedigung über das Verbleiben des Kanzlers im Amt Ausdruck gibt. * Der Besuch des Kaisers in Kiel zur Teilnahme am Akt der Vereidigung der Marine-Reserven der Dittsch-Station ist abgelehnt worden. Die am Montag verlassene Reservenverbindung findet nunmehr in Gegenwart des Oberst der Hochseeflotte, Admiral Brunsen, in der Nähe von Preußen, am Sonntag vormittag 11 Uhr statt. — Auch die Jagd im Saarpark Springe und den Gehirg der Stadt Hannover hat der Kaiser aufgegeben.

* Deutschland und Frankreich. Wie verlautet, will die französische Regierung mehrere Offiziere nach Deutschland schicken zum Studium unserer Fortschritte in der Luftschiffahrt.

* Arbeitsvereinstellungen des Abgeordnetenhauses. Der Präsident des Abgeordnetenhauses beabsichtigt, bereits am Sonntagabend eine neue Vertagung des Plenums einzutreten zu lassen. Um den Kommissionsrat des Wohnungsgesetzes und das Steuerprivilegiengesetz überweisen zu können, die sie beide für ihre Berathungsberatungen gebrauchen, werden am Sonntagabend diese Gesetze beraten werden. Die übrigen Gesetze (Kampffuß- und Medizinalbeamtenentgelt-Gesetze) dürfen für später zurückgestellt werden. Man hofft, die Weidnachten noch einmal im Plenum zusammenzutreten zu können und zwar jedoch sich überlegen läßt, wann die Budgetkommission die erste Sitzung der Beamtenfrage erledigt haben kann. Bei dieser Gelegenheit sollen die Zentrumsparteiinterpellationen über die Arbeitslosigkeit und die „Schuldenlasten“ erledigt werden. Das Haus wird bei diesem Zusammenritt auch Gelegenheit haben, innerhalb der Fraktionen über die Beschlüsse der ersten Sitzung der Budgetkommission Entscheidung zu treffen. Da die Kommissionen zwei Sitzungen der Beschlüsse abhalten, so ist es sehr unwahrscheinlich, daß das Plenum vor Weidnachten noch diese Gesetze beraten kann.

Aus Mecklenburg.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwern hat an die Landtags-Kommissionen ein Reskript erlassen, in dem es unter anderem heißt: „Die Wirte betriebe in Innter Landtagsabschied am 21. Oktober landgegeben haben, sind Wir entschlossen, die zwecks Durchführung der von Uns für ein unabweisbares Bedürfnis erkannten Reformen der bestehenden Landesverfassung eingeleiteten Verhandlungen fortzusetzen, bis sie zu einem dem Lande dienlichen Ergebnis geführt haben, und wollen im Einvernehmen mit dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz jene Verhandlungen wieder aufnehmen auf der Grundlage der von Uns bei dem diesjährigen außerordentlichen Landtags-Veranstaltungen beschlossenen unter Verfertigung der Ausführungen Unseres Reskripts vom 12. Oktober und der Erklärung, welche Unser Landtags-Kommissionen bei den während des Landtages geführten kommissarischen Verhandlungen abgegeben haben. Da Wir es jedoch für angezeigt erachten, die in Aussicht genommene weitere Vertagung und Beschäftigung Unserer getreuen Stände außerhalb des Landtages durch kommissarische-berathende Verhandlungen vorzubereiten, so fordern Wir Euch auf, bei Hinweggabe dieses Reskripts Unserer getreuen Stände bei dem gegenwärtigen Landtag zur Erhaltung von Deputierten für die bezeichnenden Verhandlungen mit dem Bemerkten zu verhandeln, daß Wir der Mitwirkung des Wahlergebnisses noch von Landtag aus entgegenzusehen.“

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenthaus.
8. Sitzung vom 20. November, 11 Uhr.

Im Ministerrath: Die Herren v. Helffen, Präsident u. Reichler eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: In der Nacht vom 11. zum 12. November ist über die Frage Rabob ein Antrag von solcher Schwere heringebracht,

lute es unter preussischer Verfassung noch nicht erlaubt hat. Bei über 300 Jahre Vergleiche haben ich Leben eingeholt, diese liegen noch schwer verlegt darunter, zahlreiche Familien sind mit einem Schlag in Not und Elend gebracht. Ich habe geglaubt, daß das Haus seiner unigen Teilnahme dadurch am würdevollsten und dem höchsten Ausdruck gibt, daß es sich so bald wie möglich verammelt, um in eine ernste Beratung des besagten Interesses einzutreten. (Beifälliger allgemeiner Beifall.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Interpellation über das Angliak auf Sehe Rabob. Landtagsminister Delbrück erklärt sich für sofortiger Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Frhr. v. Zittel (Hr.): Wer ist für diese ungeheure Inflation verantwortlich? Wie heißt das nächste, so leicht schwerer und mit meinen Mitbürgern. Die Teilnahme des An- und Auslandes und die Opferlosigkeit zu weiter Kreise haben wir dankbar empfunden. Ueber die Ursachen der katastrophalen Lage ist Erhebendes noch nicht sagen. Es ist nicht richtig, daß ich vorzeitig zu der Frage des Verantwortlichen Stellung genommen habe. Ich habe nur einmal einen Vertreter der Presse angehört. Ich habe nur mit Angehörigen geredet. Ich bin noch nicht imstande, ein abschließendes Urteil zu fällen. Ich habe mich bemüht, die Presse stets gut zu informieren. Wenn daraus Mißverständnisse entstehen, kann man mich nicht verantwortlich machen. Dann ist durch die Presse gegangen eine Mißdeutung des Meinungs der Berathung, den ich im Beisein des Herrgen Giel Friedrichs bekämpft habe. Ich habe von dieser Mißdeutung nichts gehört und habe sie vorher nicht gesehen. (Beifall.) Ich kann auch heute noch keine endgültige Stellung einnehmen, obgleich ich vom ersten Augenblick an alles getan habe, um zur Klarheit zu gelangen. Seit Sonntag habe ich ständig einen Beamten haben, der nicht weiter tut, als die Presse aller Parteien sorgfältig über den Stand der Angelegenheiten zu informieren. Ich bin sehr gespannt, ob ich kann oder nicht behaupten, daß dadurch die Situation wesentlich gelindert wird. Der Minister gibt dann an der Hand eines umfangreichen Aktenauszuges eine eingehende Schilderung der Ursachenlage in Rabob und der vorgekommenen Rettungsversuche. Die Besprechung der Angelegenheit wird am Sonntagabend 11 Uhr geschlossen. Die Besprechung der Angelegenheit wird am Sonntagabend 11 Uhr geschlossen.

Ein endgültiges Urteil wird sich erst fällen lassen, wenn die Möglichkeit gegeben ist, den Plan noch einmal zu sehen. Sobald ich den Plan sehe, werde ich der Öffentlichkeit mit dem Bewußtsein eines sachverständigen Urteils geäußerte Meinung über die Angelegenheit mitteilen lassen. (Beifall.) Ich kann nur sagen, daß von den Rettungsmaßnahmen alles getan ist, was getan werden konnte.

Die Zurückführung der Rettungsmaßnahmen wird mit Rücksicht auf die große Lebensgefahr geboten und auch um deswillen begründet, weil die mit der Leitung betrauten Beamten in Lebensinteraktion mit dem Ministerium zu der Überzeugung gekommen waren, daß Lebende sich nicht mehr im Schatz befinden. Auch die Schließung des Schatzes war in dem gewöhnlichen Interesse notwendig und unvermeidlich. Trotzdem beantragte ich, daß man nicht noch einige Stunden damit getarret hat, bis man stammig zur Stelle war. Das hätte zur Beruhigung beigetragen.

Nun zum zweiten Teil der Interpellation: Kann man bei einem Inflationssfall, dessen Grund und Verlauf noch nicht festgestellt ist, schon von Entscheidungen und Anordnungen sprechen, die zur Verhütung ähnlicher Inflationssfälle dienen sollen? Es handelt sich hier um Fragen, die schon lange süßig sind. Bezugspreisliche Anordnungen sind in großen Umfang vorgezogen. Mit einer Verminderung der Polizei ist es nicht genug, auch nicht mit Einführung von Holzgeldern aus dem Arbeiterlande. Außer dem Reichsbanknoten sollen auch dem Werke geeigneter Verwendung gemacht werden, die die Inflation auslösen. Ich werde bei nächster Gelegenheit die gesetzliche Regelung dieser Frage vorschlagen. Gegen die Einrichtung von Arbeiterkontrollen sprechen auch ein jüdische Gesichtspunkte. Sie können ebensowenig endgültig und wirksam kontrollieren noch andere. Zur übrigen wird die Verwertung des Schatzes nur um deswillen beschlossen, die für ein gewisses Zusammenarbeiten von Arbeiterschaft und Verwaltung dienlich sind, zu fördern und zu sichern. (Beifälliger Beifall red.)

Nur Antrag des Abg. Herrsch (Hr.) bezieht sich das Haus die Verpachtung der Interpellation.

Abg. Herrsch (Hr.) dankt dem Minister für seine unparteiischen und sorgfältigen Feststellungen, bittet aber, noch genau nachzuprüfen, wie es mit der angeblichen Unbrauchbarkeit der Verpachtungsanlage bestellt ist. Ein Reichsbanknoten sei nicht erforderlich. Seine Partei werde aber an einem Ausbau der preussischen Verfassung freudig mitarbeiten. (Beifall bei den Reichsvertretern.)

Abg. Gieseler (Hr.) (Hr.): Das einzig Erfindliche in der tiefen Trauer ist die allgemeine Teilnahme der Kulturwelt an unserem Verlust. Zu dem Minister haben wir das Vertrauen, daß er die



